

[Home](#) > [Gewusst wo](#) > [Info](#) > [RSS-Feeds](#)

[zurück zu Nachrichten RSS-Feeds](#)



Rieckhof: "Kohlekraft-Gegner glauben an Apokalypse"

Stade - Andreas Rieckhof redete sich in Rage. Bei der Aufzeichnung der Hörfunksendung "Jetzt reicht's" von NDR1 im "Stadeum" lief Stades Bürgermeister zur Hochform auf. Obwohl er nicht offizieller Redner der Podiumsdiskussion war, sondern gemeinsam mit etwa 150 Zuhörern im Publikum saß, bezog Rieckhof so klar wie nie zuvor Stellung für den Bau von bis zu drei geplanten Kohlekraftwerke in Bützfleth und Bassenfleth. "Stade ist ein Kraftwerksstandort und soll es bleiben", rief Rieckhof. Den Kohlekraftgegnern warf er apokalyptische Gedankenspiele vor.

"Es ist eine deutsche Tugend, von Untergang und Apokalypse zu sprechen", sagte der Bürgermeister und erntet Buhrufe der Zuhörer. Das Gas sei zu russisch, Atomenergie zu gefährlich und Öl zu "schaichisch", so Rieckhof.

Der einzig sinnvolle Standort für Kohlekraftwerke sei in Küstennähe. Daher werde die Stadt Stade auf jeden Fall einen neuen Bebauungsplan für das Werk von Electrabel aufstellen. Dies ist nötig, weil das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, wie berichtet, die Pläne des belgischen Energiekonzerns im Dezember für unzulässig erklärt hatte.

Die stellvertretende Leiterin des Lüneburger Gewerbeaufsichtsamtes, Christina von Mirbach, war offizieller Gast des NDR und sagte zum Urteil: "Jetzt ist Stade am Zug. Es muss eine politische Entscheidung über die Kohlekraftwerke gefällt werden." Das Gewerbeaufsichtsamt könne lediglich über die rechtliche Zulässigkeit der Bebauungspläne entscheiden. Wären diese korrekt, dann hätten die Energiekonzerne ein Recht auf die Umsetzung ihrer Pläne.

Während sich Rieckhof für die Kohlekraft einsetzt, wollen drei Bürgerinitiativen dies verhindern. Stellvertretend für alle sprach Sabine Klie auf dem odium und griff die Vertreter von E.on und Dow verbal an. "Mit drei Kraftwerken werden wir zum zweiten deutschen Kohlenpott", sagte Klie. Ziel sei es, durch Einsprüche und Klagen die Kraftwerke von E.on, Electrabel und Dow/EnBW zu verhindern.

nd

erschienen am 16. Januar 2009